

Plastikatlas 2019

Raus aus der Plastikkrise: Staatsregierung muss jetzt handeln!

Die Welt versinkt in Plastik. Wir essen Plastik, tragen Plastik als Kleidung am Körper und cremen uns mit Mikroplastik in Kosmetik im Gesicht ein. Der BUND und die Heinrich-Böll-Stiftung haben heute in Berlin den PlastikAtlas 2019 präsentiert. Das Ausmaß der Plastikverschmutzung ist gewaltig – Plastik ist überall. Die Ursachen liegen weniger bei Verbraucher*innen oder falscher Entsorgung, sondern bei international agierenden Unternehmen. Der BUND Naturschutz in Bayern e.V. fordert von der bayerischen Staatsregierung die Wirtschaft stärker in die Pflicht zu nehmen.

Die Bayerische Staatsregierung kündigt in ihrem Koalitionsvertrag ein Maßnahmenpaket zur Reduktion unnötigen Kunststoffabfalls an. Zusätzlich soll ein Pakt mit der Wirtschaft zur Verringerung von Mikroplastik angestrebt und ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika vorgebracht werden. **„Die Regelungen im Koalitionsvertrag beziehen sich hauptsächlich auf die Müllentsorgung der Verbraucherinnen und Verbraucher, das ist nicht nur einseitig, es ist auch nicht ausreichend, um der Plastikflut Herr zu werden. Jetzt müssen die Unternehmen in die Pflicht genommen werden.“** so Richard Mergner, Vorsitzender des BUND Naturschutz in Bayern e.V. **„Das Verbot von Mikroplastik in Kosmetika geht in die richtige Richtung. Es braucht klare Vorgaben und Anreize für die Unternehmen auf umweltverträgliche Stoffe umzusteigen und Plastik zu vermeiden. Eine Abgabe auf Plastik, die die Landesregierung ablehnt wäre ein wirksames Instrument.“**

Der BUND Naturschutz gibt zu bedenken, dass die Verschmutzung von Böden und Binnengewässern zwischen vier und 23mal so hoch ist wie im Meer. Der Abrieb von Autoreifen etwa ist in Deutschland aller Schätzungen nach für ein Drittel aller Mikroplastik-Emissionen verantwortlich. Verkehrsvermeidung und -verlagerung muss daher Teil einer bundesweiten Plastikstrategie werden. Das Verbot von Mikroplastik muss deshalb mit weiteren Maßnahmen flankiert werden.

„Die Zeit drängt, denn die Plastikkrise hat auch direkten Einfluss auf die Klimakrise“ mahnt Martin Geilhufe, Landesbeauftragter des BUND Naturschutz **„Wenn wir so weiter machen, wird die Plastikproduktion bis 2050 rund 56 Gigatonnen CO₂-Emissionen erzeugt haben. Das wären 10 bis 13 Prozent des verbleibenden CO₂-Budgets für das 1,5 Grad Ziel, das wir nur für Plastik verwenden würden“.**

Für Rückfragen:

Martin Geilhufe, Landesbeauftragter BUND Naturschutz
Tel: 0172/7954607, Martin.geilhufe@bund-naturschutz.de

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München, 6. Juni 2019

PM 067/19 LFGN

Umweltpolitik